

„Staaten müssen Religionsfreiheit garantieren“

Experte unterrichtet Fraktion über den aktuellen Stand der Christenverfolgung

Die Lage der Christen in der Welt verschlechtert sich; die Religionsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt. So lautet die ernüchternde Feststellung von Thomas Schirmmacher, dem Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit mit Sitz in Bonn, Kapstadt und Colombo. Schirmmacher schilderte Abgeordneten der CDU/CSU die aktuelle Situation der verfolgten und bedrängten Christen in aller Welt. Erika Steinbach, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Heribert Hirte, Vorsitzender des Stephanuskreises, hatten zu dem Fachgespräch eingeladen.

Schirmmacher ging besonders auf die heikle Lage der Christen in Syrien, in Ägypten und in der Türkei ein. Man müsse die

Motivation der Diskriminierung oder Bedrohung besonders hinterfragen: „Wird aus Glaubensgründen Gewalt angewendet oder sind es eher wirtschaftliche Argumente?“

Christliche Kirchen werden vergleichsweise oft zerstört

Um das Ausmaß der Verfolgung zu beurteilen, sei es wichtig, sich die Relation der Religionen ins Bewusstsein zu rufen. Weil der christliche Glaube in der Welt am weitesten verbreitet sei, rücke er in jeder Statistik entsprechend weit nach oben. „Leider gilt trotzdem: Je brutaler die Verfolgung, desto mehr rückt das Christentum ins Zentrum“, erklärte Schirmmacher. In den Kategorien Brutalität oder Zerstörung von Kirchen stehe das Christentum einsam an der Spitze der Statisti-

ken. „Moscheen werden vergleichsweise selten verwüstet“, fuhr der Theologe fort, der auch zum Vorstand der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte gehört.

Besonders in Syrien zeige sich diese Entwicklung deutlich. Nur noch drei bis fünf Prozent der Christen, die in Syrien lebten, seien noch im Land.



Foto: Open doors

„Etwa ein Drittel der Flüchtlinge christlichen Glaubens, mit denen ich gesprochen habe, ist vor allem wegen der Bedrohung durch Islamisten geflohen“, erklärte Schirmmacher. In Syrien sei die über zweitausend Jahre alte christliche Struktur unwiderruflich verloren, selbst wenn die Christen irgendwann zurückkehren sollten.

Den Christen in Ägypten gehe es dagegen momentan verhältnismäßig gut. „Insbesondere im ländlichen Bereich gibt es zwar immer wieder Überfälle auf Christen, doch die Armee ist dann relativ schnell zur Stelle, um zu helfen“, sagte Schirmmacher. Das könne sich mit der nächsten Wahl jedoch rasch ändern, denn die Chancen stünden schlecht für demokratische Kräfte, die sich für die Religionsfreiheit einsetzen.

„Allein der Umstand der Wahl macht noch keine Demokratie“, erklärte er und verwies dabei auch auf den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Dieser wolle die Hagia Sophia, einst byzantinische Kirche, dann Moschee, jetzt Museum und Touristenmagnet, wieder zum islamischen Gotteshaus machen. Lediglich der internationale Protest habe ihn bisher von diesem Schritt abgehalten.

Empörung löste laut Schirmmacher auch die Freilassung der geständigen Mörder dreier Christen Anfang März aus. Die mutmaßlichen Mörder wurden nach sieben Jahren aus der Untersuchungshaft entlassen, weil ein neues von Ankara erlassenes Gesetz bestimmt, dass Angeklagte nicht länger als fünf Jahre in U-Haft verbringen dürfen. Schirmmacher bezeichnete diesen Vorgang als „Schock für die gesamte Christenheit in der Türkei“.

Verbrechen entgegnetreten

Schirmmacher informierte auch über die Situation in Indien, wo am 7. April gewählt wird. Hier gab er eine Teilentwarnung: Nur neun der insgesamt 60 Bundesstaaten seien von Christenverfolgung betroffen. „In fünf dieser neun Staaten passiert allerdings täglich etwas. Kirchen werden unbrauchbar gemacht und Häuser von Christen angezündet“, fügte er an.

Solchen und schlimmeren Verbrechen müsse man überall in der Welt entgegnetreten. Ein Staat habe die Aufgabe, die freie Wahl des Glaubens zu ermöglichen und zu verteidigen.

Fraktion **direkt**

12 | 21. März 2014

Zur Lage

Wir müssen unsere Werte verteidigen Sanktionen sind ein notwendiges Signal an Moskau

Russland hat sich nicht von seinen Plänen abhalten lassen. Schritt für Schritt verwirklicht Präsident Wladimir Putin sein Ziel, die Krim zu einem Teil seines Landes zu machen.

Der Westen hat das Referendum auf der Krim an diesem Sonntag nicht verhindern können. Angesichts der Entschlossenheit auf Seiten Moskaus wäre dies nur mit militärischen Mitteln möglich gewesen. Diese Option stand für Deutschland, die EU und die USA nie zur Diskussion.

Das ändert aber nichts daran, dass wir Russland in den nächsten Jahren dazu drängen werden, den Bruch des Völkerrechts wieder rückgängig zu machen. Wir müssen einen Rechtsbruch einen Rechtsbruch nennen. Es ist gerade eine Lehre aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, dass wir nicht schweigend zusehen dürfen, wenn das Völkerrecht mit Füßen getreten wird. Dazu muss als erstes unsere Wortwahl eindeutig sein.

„Russland hat sich international isoliert“

Russland hat sich international isoliert. Dies kann Präsident Putin nicht freuen. Im Weltsicherheitsrat stand Moskau allein, als es um die Nichtanerkennung des Krim-Referendums ging. China – und das ist ein wichtiges Signal – hat sich der Stimme enthalten. Ein ähnliches Bild hat sich im Europarat und in der OSZE gezeigt. Die Staatenwelt ist sich einig, dass das Verhalten Moskaus inakzeptabel ist. Dass die Krim einmal Teil Russlands war, ändert überhaupt nichts an der Sachlage. Nikita Chruschtschow selbst hat die Krim aus Russland herausgelöst. Russland hat die Grenzen der Ukraine 1994 nochmals anerkannt.

Die EU und die USA haben ihre politische Zusammenarbeit mit Russland eingefroren und mit weiteren Sanktionen reagiert. Das sind moderate Schritte, mit denen der Westen signalisiert, dass er nach wie vor Gesprächsbereit ist. Präsident Putin muss durch diese Tür gehen. Tut er dies



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

nicht, ist völlig klar, dass wir weitere Sanktionen beschließen werden. Eine mögliche weitere Destabilisierung der Ukraine können wir nicht hinnehmen. Wir müssen auch bereit sein, unsere Werte zu verteidigen. Und dazu gehört, dass man im 21. Jahrhundert nicht Grenzen in Europa mit dem Mittel der Gewalt verschieben darf. Dafür müssen wir auch bereit sein, vorübergehend wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Im Bundestag ist in diesen Tagen nebenbei eines deutlich geworden. Die Linkspartei ist im 21. Jahrhundert noch nicht angekommen. Offen übernehmen ihre Spitzenvertreter die Argumente Russlands. Alle in der SPD können nun erkennen, wo die Linkspartei wirklich steht.

Volker Kauder